

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Konjunkturpolitische Aufgaben des Budgets?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1960) :
Konjunkturpolitische Aufgaben des Budgets?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv,
Hamburg, Vol. 40, Iss. 3, pp. 133-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132932>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

fungen mehr tätigen werden. Außerdem neigt der Handwerker als freier Unternehmer mehr als mancher andere Stand zum Sparen. Durch seine Berufslaufbahn und die Wechselfälle des Lebens ist ihm schon als Geselle durch die verschiedenen Einrichtungen, wie z. B. das Junghandwerkersparen, die Spartätigkeit zur Selbstverständlichkeit geworden. Handwerker waren immer die besten Kunden der Volksbanken und Sparkassen.

Strukturelle Maßnahmen gefordert

Abschließend ist festzustellen, daß ein Großteil derjenigen Handwerker, die vom Wirtschaftswunder nicht betroffen werden, auf dem Lande lebt, daß es sich meist um sehr kleine „Kümmerbetriebe“ oder „schrumpfende“ Handwerkszweige handelt, denen es auch aus diesen Gründen seit Jahren an Nachwuchs fehlt. Sie durch Subventionen besserzustellen, kann niemals das endgültige Ziel wirtschaftspolitischer Maßnahmen sein. Das Handwerk in seiner Gesamtheit fordert eine Strukturpolitik, die es auf Grund steuerlicher und wirtschaftsfördernder Maßnahmen ermöglicht, daß alle Handwerkszweige eine gesunde Grundlage haben und mit der allgemeinen Wirtschaftsexpansion Schritt halten können. Ein in allen seinen Teilen wirtschaftlich gesundes Handwerk als Kern eines leistungsfähigen Mittelstandes ist gerade in unserer modernen arbeitsteiligen Wirtschaft unentbehrlich.

(A. S.)

Konjunkturpolitische Aufgaben des Budgets?

Ich halte es für einen törichten Versuch, feststellen zu wollen, daß unsere gegenwärtige Konjunktursituation nicht überhitzt sei. Auf einem ganz anderen Blatt steht aber die Erwägung, was die Ursache dieser Überhitzung ist. Wir haben oft versucht, dafür Verständnis zu erwecken, daß die Konjunktur nur deshalb überhitzt ist, weil die Ausweitung der Produktionskapazität im Rahmen der verfügbaren Kräfte und Mittel nicht mit dem Anwachsen der Einkommen Schritt halten kann. Wir müssen also Investitionen fördern, die gezielt eine Ausweitung der Produktionskapazität in den überbeanspruchten Branchen — oder besser in den Branchen, die mit der fortschreitenden Integration und Einkommenssteigerung einer Überbeanspruchung ausgesetzt werden — bewirken, wir dürfen sie aber nicht bremsen. Jede Bremsung der Produktionsausweitung — sei es auch mit dem Mittel der „konjunkturpolitischen Abschöpfung“ — verschärft die Überhitzung der Konjunktur, denn die sozialpolitischen Forderungen oder das Anwachsen der Masseneinkommen werden auf diese Weise nicht gebremst.

Die Kämpfe um den neuen Haushalt spiegeln diese konjunkturpolitische Auseinandersetzung in krasser Weise wider. Wenn wir die Erhaltung eines freien Wirtschaftssystems wünschen, und das steht ja auf den Bannern der Regierungskoalition, und auch die Opposition stimmt dem voll zu, müssen in Zeiten einer starken Konjunktur die öffentlichen Ausgaben und Investitionen gebremst werden. Der öffentliche Haushalt soll seine Ausgaben und Investitionen dann steigern, wenn die Konjunktur schwach ist. Niemals darf die öffentliche Wirtschaft aus Prestige Gründen in Konkurrenz zur privaten Wirtschaft treten. Eine konjunkturpolitische Abschöpfung seitens der öffentlichen Hand ist ein gefährliches wirtschaftspolitisches Mittel. Es ist wohl unbestritten, daß gerade die öffentliche Hand bei einer konjunkturpolitischen Überhitzung in ausschlaggebenden Branchen die Verantwortung trägt.

Mit jeder strukturellen Umschichtung — und wir stehen in einem strukturellen Umschichtungsprozeß — werden mehr Aufwendungen des Staates auftreten. Diese Mehraufwendungen müssen sich aber im Rahmen des steuerlichen Mehraufkommens halten, das die starke Konjunktur liefert. Was darüber hinausgeht, muß eingespart werden. Solche Einsparungen sind, wie die Debatte gezeigt hat, durchaus möglich. Das Gebiet der Subventionen bietet in der augenblicklichen Konjunkturphase dazu noch reichlich Möglichkeiten. Die öffentliche Hand darf Subventionen nur dann gewähren, wenn es sich in einem strukturellen Umschichtungsprozeß um Übergangs- und Notmaßnahmen handelt. Sobald diese Maßnahmen einen permanenten Charakter anzunehmen drohen, müssen sie durch andere wirtschaftspolitische Maßnahmen — beispielsweise die Manipulationen der Preisstruktur — ersetzt werden. Es ist natürlich schwer, derartige Überwälzungen in einem Budget vorzunehmen, das im Schatten von Wahlen steht. Aber nur der unpopuläre Finanzminister ist der gute Finanzmann. Ubrigens machen ihn Steuererhöhungen — sei es auch im konjunkturpolitischen Mantel — nicht populärer.

(sk)

Dr. Ernest Feder, University of Nebraska

Betrachtungen über den Gemeinsamen Markt in Südamerika

Am 30. September 1959 einigten sich sieben Staaten des südlichen Teils des südamerikanischen Kontinents (Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay, Peru und Uruguay) in Montevideo auf einen Vertragsentwurf, der einen Gemeinsamen Markt für die Teilnehmer der Konferenz vorsieht. Es ist nicht das erste Mal, daß sich diese Nationen, die zwar geographisch, nicht aber wirtschaftlich eine Einheit bilden, bemühen, ihre Handelspolitik zu koordinieren. Der wirtschaftlichen Einheit stehen die großen Entfernungen zwischen ihren Märkten, mangelnde Transportmöglichkeiten und natürliche Hindernisse entgegen. Aber es ist wohl dem moralischen und politischen Vorbild des Gemeinsamen Marktes in Europa zu verdanken,

daß sich diese Pläne jetzt zu realisieren scheinen. Es ist daher angebracht, einige allgemeine Betrachtungen über den Einfluß anzustellen, den dieser Vertrag auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Länder und ihre wirtschaftliche Entwicklung ausüben kann, wie auch über die Schwierigkeiten, die sich seinem erfolgreichen Ausgang entgegenstellen. Dabei wird man nicht umhin können, einige kurze Vergleiche mit europäischen Verhältnissen zu ziehen. Aber es soll sogleich hinzugefügt werden, daß diese Betrachtungen und Vergleiche vom Gesichtspunkt eines amerikanischen Beobachters gemacht werden, der an der wirtschaftlichen Entwicklung Südamerikas interessiert ist.

Die Wirtschaftslage der Partnerländer

Ohne sich mit den detaillierten Bestimmungen des Entwurfs befassen zu wollen, ist es für den außenstehenden Beobachter auffallend, daß die Bedingungen, unter denen der Gemeinsame Markt in Südamerika abgeschlossen wird, sich von denen des Vertrages von Rom wesentlich unterscheiden. Vor allem ist zu bemerken, daß der wirtschaftliche — im Gegensatz zum politischen — Druck auf die Länder, eine Koordinierung wirtschaftlicher Maßnahmen vorzunehmen, um die ungeheuren Schwierigkeiten zu überwinden, denen diese Länder jetzt gegenüberstehen, relativ viel größer ist als in Europa. In Europa wurde der Gemeinsame Markt zur Zeit eines starken Aufschwungs im Binnen- und Außenhandel und einer sich stetig verringenden Arbeitslosigkeit geschaffen. In Südamerika aber, von dem ein Wissenschaftler vor kurzem behauptete, daß es sich angesichts seiner geradezu phantastischen Bevölkerungszunahme zu einem riesigen „Armenviertel“ entwickeln wird (ein Bericht der „New York Times“ erwähnte z. B. 30 Mill. Arbeitslose in 15 Jahren, wenn die Industrialisierung nicht fortschreitet), haben die nachteiligen Verhältnisse den Plan eines Gemeinsamen Marktes fast zu einem Verzweigungsakt gemacht. In der Tat könnte man annehmen, daß der Vertragsentwurf von Montevideo vielleicht die letzte Chance ist, eine geordnete Entwicklung im großen Rahmen und auf demokratischem Wege, gestützt auf die selbständigen Anstrengungen der Länder, zu planen und auszuführen.

Die sich offensichtlich verschlechternden wirtschaftlichen Verhältnisse dürften ihren Grund zum großen Teil in der Knappheit an Devisen haben, die auf die sinkenden Preise für Exportwaren (Rohstoffe) und auf die höheren Kosten für importierte Güter zurückzuführen ist. Da etwa 90 % des Außenhandels Südamerikas mit nicht-südamerikanischen Ländern getätigt werden, sind die Länder des südamerikanischen Kontinents für eine Verschlechterung der Handelsbedingungen außerordentlich empfindlich. Auch wird die wirtschaftliche Notlage in den letzten Jahren durch eine verringerte Einfuhr aus den Industrieländern (besonders von Kapitalgütern) wie durch eine Verminderung des Außenhandels zwischen den südamerikanischen Ländern selbst charakterisiert.

Die Aussicht auf eine Verbesserung der Lage ist keineswegs günstig. Wie vor kurzem Dag Hammarskjöld vor den Vereinten Nationen bemerkte, sind die Industrieländer zwar auf die Stabilisierung ihrer internen Wirtschaft bedacht, nicht aber auf eine Stabilisierung der Preise für Rohstoffe, wie z. B. Kupfer, Zinn oder Kaffee, die Chile, Bolivien und Brasilien ausführen. Die Zunahme der Bevölkerung in Südamerika wird immer bedrohlicher, einmal weil die Industrialisierung nicht mit ihr Schritt hält, zum anderen, weil die Produktion der Landwirtschaft an Nahrungsmitteln nicht gleichzeitig steigt und auf diese Weise die Lebenshaltungskosten beträchtlich erhöht werden. Das ist zum Beispiel in Chile, einem der fortgeschrittensten Länder Südamerikas, zu be-

obachten, wo die landwirtschaftliche Produktion pro Kopf der Bevölkerung in den letzten zehn Jahren beträchtlich gesunken ist.

Unter diesen Umständen kann man kaum verfehlen, in der wirtschaftlichen Lage ein schlechtes Omen für den Erfolg eines Gemeinsamen Marktes zu sehen, der sich ausschließlich mit Zöllen und Erleichterungen für den Außenhandel befaßt.

Apathie der öffentlichen Meinung

Nicht weniger bedeutsam ist vielleicht die mangelnde Teilnahme der öffentlichen Meinung an den Vorbereitungen des Entwurfs von Montevideo. In Europa wurde der Gemeinsame Markt und die gemeinsame europäische Handelspolitik in den letzten Jahren zum Tagesgespräch, weil sie ja in der Tat recht bald in das Leben fast jeden Europäers eingreifen werden, und der Vertrag von Rom wurde unter großem publizistischen Aufwand abgeschlossen. Im Gegensatz hierzu hat man in Südamerika nicht den Eindruck, daß die Öffentlichkeit von der Koordinierung der Zollpolitik umwälzende Neuerungen erwartet. Diese Situation dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, daß die Regierungen es versäumt haben, der Öffentlichkeit die Vorzüge des Gemeinsamen Marktes genügend vor Augen zu führen, oder vielleicht darauf, daß keine großen Bevölkerungsgruppen — weder in Handel und Industrie noch bei den Arbeitnehmern — hinter dem Plan stehen. Allerdings haben die Regierungen der sieben Länder im Augenblick andere schwerwiegende politische und wirtschaftliche Probleme zu lösen, wie Wahlen, Inflation, Arbeitslosigkeit. Aber mangelnder Enthusiasmus kann für die Zukunft des Planes eine Gefahr darstellen.

Noch dürfte es aber für die Regierungen nicht zu spät sein, die öffentliche Meinung für dieses Projekt zu erwärmen. Das ist vielleicht um so wichtiger, als die Industrie- und Handelsgruppen in Zukunft starken Druck auf ihre Regierungen ausüben können und vielleicht auch werden, um die Herabsetzung der Zolltarife auf die von ihnen produzierten oder gehandelten Waren zu verzögern (was unter den Notklauseln des Entwurfs möglich ist) oder sogar zu verhindern. Ob ein Umschwung der öffentlichen Meinung möglich sein wird, ist schwer vorauszusehen: Aber man kann nicht umhin, festzustellen, daß in mehreren Ländern, die am Gemeinsamen Markt teilnehmen wollen, große Kreise der Bevölkerung auf die Richtung der Wirtschaftspolitik keinen oder doch nur geringen Einfluß ausüben. Wie der Gemeinsame Markt, der nach dem Entwurf den Zweck hat, den Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung zu beschleunigen, um einen höheren Lebensstandard der Bevölkerung herbeizuführen, ohne die eindeutige Zustimmung der Mehrzahl aller Bevölkerungsgruppen erfolgreich sein kann, ist nicht leicht zu sehen.

Die Begrenztheit des Vertragsentwurfs

Schließlich soll noch eine andere Tatsache erwähnt werden, in der eine gewisse Gefahr für den Erfolg des Gemeinsamen Marktes in Südamerika liegen kann, obwohl eine rechtzeitige Erkenntnis dieses Umstandes den Vertrag zu einem Mittel für einen

großen Aufschwung werden lassen könnte. Das würde aber eine Erweiterung des Vertrags auf Gebiete bedeuten, mit denen sich der Entwurf bis jetzt noch nicht beschäftigt hat.

Im Gegensatz zu Europa befinden sich die Teilnehmer des Vertragsentwurfs von Montevideo erst im Anfang einer industriellen Entwicklung. Die Industrien sind durch Monopole charakterisiert. Eine langjährige Binnenhandelspolitik zielte darauf ab, daß Waren erzeugt werden, um Importe (meist Luxusartikel) zu ersetzen. Ein interessantes, wenn auch extremes Beispiel einer solchen Orientierung der Industrialisierung ist die Herstellung von Klimaanlage in Santiago (Chile), das bekanntlich ein sehr gemäßigtes Klima hat! Die ökonomische und soziale Struktur bestimmter Wirtschaftssektoren ist in den Augen einiger Betrachter sehr archaisch — besonders die Landwirtschaft mit ihrer höchst ungleichen Verteilung des Bodens und mit ihrer Armut der Landbevölkerung, die dazu beitragen, die Entwicklung der Landwirtschaft zu verlangsamen. Es ist auch bemerkenswert, daß in den südamerikanischen Ländern im Gegensatz zu Europa eine viel engere Beziehung zwischen der Landwirtschaft, dem Handel und der Industrie besteht, da viele Großgrundbesitzer starke finanzielle Interessen in Handel und Industrie haben, so daß man in Südamerika von der Landwirtschaft nur beschränkt als einem eindeutig definierbaren und selbständigen Sektor der Wirtschaft sprechen kann. Endlich muß noch hinzugefügt werden, daß die wohlhabenden Südamerikaner im allgemeinen bisher weniger geneigt waren, ihre Gewinne und Ersparnisse in neue Industrien der eigenen Länder zu investieren oder zur Kapitalausstattung der heimischen Landwirtschaft zu verwenden, als sie in Industrieländern anzulegen oder sie für einen luxuriösen Lebensstil auszugeben. Ein beträchtlicher Teil der Investitionen wird daher entweder auf Initiative der Regierungen oder mit deren finanzieller Hilfe getätigt.

Mit der Herausstellung dieser Probleme soll darauf hingewiesen werden, daß der Entwurf von Montevideo zwar ein sehr versprechender Anfang für eine koordinierte Handels- und Wirtschaftspolitik ist und vielleicht mit Recht zuerst auf eine Herabsetzung der Zölle, Quoten und Devisenkontrolle drängt, daß sich aber der Entwurf wohl doch nicht mit den wirklich tiefgründigen wirtschaftlichen und sozialen Problemen der Partnerländer befaßt. Es ist bezeichnend, daß verschiedene Dokumente wirtschaftlicher Experten in allgemeinen und höchst ideellen Phrasen von der Ausweitung des Handels zwischen den Partnerländern berichten, die eine Verminderung der Handelsrestriktionen zur Folge haben wird, daß aber bisher noch keine auch nur annähernde Schätzung aufgestellt worden ist, in welchem Ausmaß, quantitativ gesehen, sich die Herabsetzung der Zolltarife auf die Ausweitung dieses Handels auswirken wird.

Auch ist es nicht ganz klar, wie ohne bestimmte Pläne für eine Erhöhung der Kaufkraft, für die Vergrößerung bestehender oder die Errichtung neuer Industrien eine solche Ausweitung erzielt werden

kann, selbst wenn man in Betracht zieht, daß vorhandene Unternehmungen infolge ihrer begrenzten Absatzmärkte jetzt nicht voll ausgenutzt werden. Die Erweiterung und Neugründung von Industrien verlangt neues Kapital, nicht nur für die Industrien selbst, sondern auch für alle jene Sektoren der Wirtschaft, mit denen diese in engem Zusammenhang stehen. Davon schweigt aber der Vertragsentwurf, und es ist gar nicht sicher, ob die Regierungen der Partnerländer überhaupt daran denken und gewillt sind, das Mittel des Gemeinsamen Marktes in Zukunft in diesem Sinne auszunutzen. Denn das würde manche durchgreifenden Umwandlungen der wirtschaftlichen und sozialen Struktur voraussetzen. Zweifellos könnte der Vertrag, wenn er in diesem Sinne erweitert wird, die Basis für eine großangelegte Planung der Wirtschaftspolitik darstellen, die sich nicht nur mit den Standorten der neuen Industrien, der Art der zu produzierenden Waren, der Wettbewerbsregelung u. a., sondern auch mit den Fragen der Sozialpolitik (Bodenreform, Angleichung und Verbesserung der Löhne, Austausch von Arbeitskräften usw.) befassen kann und sogar muß, wie es auch der Vertrag von Rom tut.

Es muß allerdings zugegeben werden, daß der Vertragsentwurf von Montevideo, falls er in seiner jetzigen Form auch nur einen kleinen Erfolg aufzuweisen haben sollte, eine Anziehungskraft auf Kapital aus den USA, aus Europa und sogar auf die Kapitalisten der Partnerländer selbst ausüben kann. In diesem Fall wäre eine koordinierte Wirtschaftspolitik im Rahmen des Gemeinsamen Marktes, die weit über die Probleme der Zolltarife und Quoten hinausgeht, um so wichtiger, damit die Hinwendung des Kapitals gelenkt und der größtmögliche Nutzen für die Allgemeinheit daraus gezogen werden kann.

Mangel an wissenschaftlicher Vorarbeit

Nun leiden die Partnerländer noch an einem anderen „handicap“, das die Durchführung einer solchen vorgeschlagenen Wirtschaftspolitik allerdings stark erschwert. Es ist sicherlich der Mitarbeit einer großen Anzahl von Wissenschaftlern auf den verschiedensten Gebieten zu verdanken, daß der Gemeinsame Markt in Europa so schnell realisiert werden konnte. In den Ländern, die an der Konferenz von Montevideo teilnahmen, besteht leider ein Mangel an Experten auf fast allen Gebieten wie auch an Material, auf dem solche Forschungen fußen können. Eine internationale Wirtschaftspolitik, die beispielsweise ohne genügende Statistiken aufgestellt wird, ist im Rahmen einer Demokratie fast undenkbar. Aus diesem Grunde bedürfte der südamerikanische Gemeinsame Markt noch viel dringender als der europäische (der schon im Oktober von der Errichtung einer Europäischen Universität sprach) einer umfassenden Akademie zur Forschung auf wirtschaftlichem, juristischem und naturwissenschaftlichem Gebiet und der Heranbildung von Wissenschaftlern durch Stipendien und andere Studierenerleichterungen. Das soll nicht heißen, daß Handeln durch Forschen ersetzt werden kann, sondern nur, daß eine geplante Wirtschaftspolitik ohne genügende Forschung erschwert wird.